

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 16. September 2024
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 200 Anfrage Howald Simon und Mit. über die Bemühungen des Kantons Luzern im Bereich der nachhaltigen Entwicklung (Agenda 2030) / Staatskanzlei

Simon Howald ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Simon Howald: Die Anfrage wurde durch die überparteiliche parlamentarische Gruppe «Denkfabrik 2030» erarbeitet. Bei diesem Vorstoss ging es den Mitgliedern der «Denkfabrik 2030» hauptsächlich um eine schlanke Auslegeordnung, um den Stand der Umsetzung der Agenda 2030 im Kanton Luzern aufzeigen zu lassen. In einigen Bereichen ist der Kanton Luzern solide unterwegs und leistet einen Beitrag zur Umsetzung der 17 Ziele der nachhaltigen Entwicklung. An dieser Stelle bedanken wir uns bei allen involvierten Stellen für das geschätzte Engagement. Bei anderen Zielen gibt es aber noch einiges zu tun. Gerne werden wir anhand der Antworten des Regierungsrates solche Lücken aufgreifen, überparteilich diskutieren und geeignete Forderungen erarbeiten. Um Doppelspurigkeiten zu vermeiden, werden die Mitglieder der «Denkfabrik 2030» dieses Thema gerne in den Kommissionen einbringen, damit bei den verschiedenen Geschäften konkrete Handlungsoptionen stärker berücksichtigt werden können. Uns erscheint es wichtig, dass die Tätigkeiten zugunsten eines nachhaltigeren Kantons transparent aufgezeigt und über verschiedene Kanäle kommuniziert werden. Die Bevölkerung soll regelmässig erfahren, welche Fortschritte der Kanton Luzern bei der Umsetzung der Agenda 2030 erzielt. In den letzten zwölf Monaten ist dies bei den Themen Klima (Ziel 13) und Energie (Ziel 7) gut gelungen. Die Kommunikation soll jedoch auf die weiteren 15 Ziele ausgedehnt werden. Schlussendlich sieht die parlamentarische Gruppe «Denkfabrik 2030» bei der Zusammenarbeit (Ziel 17) noch Potenzial. Wir sind überzeugt, dass sich regionale Partnerschaften bei der Umsetzung der Agenda 2030 gegenseitig unterstützen und Synergien nutzen können. Lassen Sie uns unsere Verantwortung wahrnehmen und weiterhin engagiert einen bedeutenden Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung im Kanton Luzern leisten – für uns und die folgenden Generationen.

Sofia Galbraith: Die SP-Fraktion begrüsst die Antwort der Regierung. Die Antwort bietet Möglichkeiten, mit der Vielfalt des Massnahmenpakets mehr Klarheit und Aufschluss der gegenseitigen Bezüge der Agenda 2030 und dem Cercle Indicateurs für das Monitoring der Nachhaltigkeitsindikatoren zu schaffen. Besonders die Liste zu Frage 4 ist übersichtlich. Dies hilft auch, das Reporting im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) einzuordnen, was uns als Rat darin unterstützt zu erkennen, wie erfolgreich die eingeleiteten Massnahmen zur nachhaltigen Entwicklung sind und wo nachjustiert werden soll.

Urs Christian Schumacher: Ohne fundierte Analyse kann man sich leicht von den guttönenden Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 blenden lassen. Deutschland ist mit der Agenda 2030 gut auf Kurs. Manche meinen, dass die aktuelle Ampelregierung versagt hat. Richtig ist, dass sie nichts anderes tut, als die Agenda 2030 und den Green Deal in aller Konsequenz umzusetzen. Dagegen hat Schweden, das uns immer etwas voraus ist, die Agenda 2030 und die CO₂-Steuer wieder aus seinem Regierungsprogramm gekippt. Da unsere Regierung keinen separaten Bericht zur Agenda 2030 verfasst, mache ich einen kurzen: Punkt 8: Dauerhaftes, wirksames Wirtschaftswachstum, produktive menschenwürdige Arbeit für alle fördern. Punkt 10: Ungleichheit zwischen Staaten verringern, eine geordnete und sichere Migration und Mobilität von Menschen soll erleichtert werden, unter anderem durch eine verantwortungsvolle Migrationspolitik. Derzeit wird in Europa eine nie dagewesene Arbeits- und Sozialmigration gezielt angekurbelt. Schwellen- und Entwicklungsländer werden durch Abwanderung junger Arbeitskräfte geschwächt. Die Anstellungsverhältnisse in den Zielländern verschlechtern sich, und qualifizierte Arbeitskräfte fehlen weiterhin. Konflikte zwischen Migranten untereinander und mit der ständigen Wohnbevölkerung verschärfen sich. Arbeitsplätze werden durch Digitalisierung, Automatisierung und Robotik zunehmend reduziert, soziale Beziehungen und Begegnungen abgebaut, und Dienstleistungen sollen von emotionslosen Robotern und künstlicher Intelligenz (KI) erbracht werden. Sie haben recht, noch ist es in der Schweiz noch nicht so schlimm. Wir haben ja bei der öko-sozialistischen Agenda 2030 die Handbremse angezogen, und das ist gut so. Der Regierungsrat hat bei der letzten Anfrage zur Agenda 2030 versichert, dass er die kantonalen Ziele nach den eigenen Bedarfsanalysen ausrichtet und nur nachträglich Zuordnungen zur Agenda 2030 herstellt, also diese nicht zum Selbstzweck abarbeitet. Es möge dabei bleiben.

Sabine Heselhaus: Wir begrüßen die Bemühungen der Regierung, neben den übergeordneten Planungs- und Führungsinstrumenten auch sektorpolitische Strategien für die Steuerung der Verwaltungstätigkeit und für die Umsetzung der Ziele zur nachhaltigen Entwicklung des Kantons einzusetzen. So heisst es auf der kantonalen Webseite, dass auch kantonale Stellen in ihrer täglichen Arbeit viel zur Umsetzung der Agenda 2030 und der Erreichung der 17 SDGs (Sustainable Development Goals) im Kanton Luzern beitragen. In der Massnahme- und Umsetzungsplanung Klima und Energie sollen die im Planungsbericht Klima und Energie festgelegten Massnahmen in den Bereichen Klimaanpassung, Klimaschutz und Energieversorgung weiter konkretisiert werden. Mit dem Planungsbericht zur Förderung der Gleichstellung aller Geschlechter und Lebensformen sollen die in einer Studie der Hochschule Luzern deutlich aufgezeigten Missstände behoben werden. Mit der Revision des Beschaffungsrechts wurde die Berücksichtigung der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit bei öffentlichen Beschaffungen gesetzlich verankert. Im Rahmen der zurzeit laufenden Gesamtrevision des kantonalen Richtplans soll das Thema der Nachhaltigkeit umfassend mitberücksichtigt werden. Die Dienststelle Verkehr und Infrastruktur zeigt in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie mit klar formulierten Zielen auf, in welchen Themenbereichen sie die Nachhaltigkeit künftig fördern will. Die Dienststelle Berufs- und Weiterbildung zeigt im Konzept Nachhaltigkeit auf, dass sie mit Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsangeboten die persönliche Entwicklung der Lernenden nachhaltig fördert. Bei Neubauten des Kantons gilt der Standard nachhaltiges Bauen Schweiz, wie dies in § 31 der Kantonalen Energieverordnung festgehalten ist. Bei den Bauprojekten Kantonales Verwaltungsgebäude am Seetalplatz, Campus Horw und Sursee soll in allen Bereichen auf nachhaltige Lösungen gesetzt werden. Die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist im Lehrplan 21 verankert und soll den Unterricht neu gestalten. Die Gesundheitsförderung

Luzern soll im Rahmen verschiedener Programme aktiv zur Förderung der Gesundheit der Luzerner Bevölkerung beitragen. All diese Massnahmen sind sehr beeindruckend, und man findet sie auf der in der Antwort der Regierung verlinkten Webseite. Was wir in der Antwort der Regierung jedoch vermissen, sind die finanziellen Mittel, die für die Erreichung all dieser ambitionierten Ziele zur Verfügung stehen müssen. Wir sind uns doch einig, dass man eine wirkliche Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft, die alle 17 Nachhaltigkeitsziele beinhaltet, nicht kostenneutral verwirklichen kann. Deshalb müssen in Zukunft genügend finanzielle Mittel für all die aufgeführten Massnahmen berücksichtigt, transparent dargelegt und im AFP verankert werden.

Cornel Raess: Die SVP-Fraktion ist gleicher Meinung wie der Regierungsrat, dass kein zusätzliches Instrument nötig ist, sondern wie bis anhin die einzelnen Departemente verantwortlich sind. Andernfalls wären zusätzliche Ressourcen und Finanzen nötig.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Nachdem ich Ihre Voten gehört habe, stelle ich fest, dass wir relativ gut unterwegs sind. Wir haben die Instrumente einerseits in die Kantonsstrategie aufgenommen und andererseits im AFP aufgeführt. Das haben wir gemäss den Erwartungen Ihres Rates getan. Ich glaube wir sind uns einig, dass es sich um einen laufenden Prozess handelt, an dem wir weiterhin arbeiten müssen. Die verschiedenen Instrumente spielen ineinander hinein und sind unterschiedlich zu gewichten. Wir machen Ihnen beliebt, dass wir den gemeinsam eingeschlagenen Kurs auch gemeinsam weiterverfolgen. Zu den finanziellen Mitteln: Nach Ansicht der Regierung sind die erforderlichen Mittel in den Globalbudgets der verschiedenen Departemente eingestellt. Wenn Sie die Entwicklung der Globalbudgets anschauen, ist nichts von Kostenneutralität zu sehen. Wir sind klar der Ansicht, dass die Mittel eingestellt sind und es im Augenblick keine zusätzlichen Mittel braucht. Selbstverständlich werden auch diese Mittel von Jahr zu Jahr überprüft werden müssen.